

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD

Strategien gegen Übergewicht, Adipositas und Diabetes durch zu viel Zucker in der Ernährung

Zucker ist aus unserem Leben, unseren Küchen, aus dem Alltag, aus vielen Gerichten nicht mehr wegzudenken. Es gibt kaum ein Essen ohne Zucker oder zuckerverwandte Zutaten. Ob Kaffee, Eistee, Kuchen, Süßspeise, Riegel, Pizza, Müsli, Fruchtjoghurt oder Salatsoßen – Zucker versüßt das Leben. Er versorgt uns mit Energie, sättigt aber nicht. Zucker tut der Seele gut, dem Körper nur in Maßen.

Zucker ist aber auch verführerisch, und zwar gefährlich verführerisch. Die Kehrseite des Zuckerkonsums: Karies, Dickleibigkeit, Diabetes, chronische Herz- und Kreislauferkrankungen. Vor allem die Zahl der übergewichtigen und an Diabetes erkrankten Kinder ist alarmierend. Als wesentliche Ursache dafür gilt Fehlernährung, insbesondere durch den Konsum von zuckerhaltigen Getränken. Wer seinen Durst hauptsächlich mit Softdrinks löscht, nimmt besonders viel Zucker zu sich. Daher hat zuletzt Großbritannien eine Steuer auf zuckerhaltige Getränke beschlossen. Bei Getränken mit einem Zuckergehalt zwischen fünf und acht Gramm pro 100 Milliliter beträgt die Abgabe 21 Cent pro Liter. Getränke, die mehr als acht Gramm Zucker pro 100 Milliliter enthalten, werden mit 28 Cent pro Liter besteuert. Anfang Mai haben 2.061 Ärzt*innen, darunter mehr als 1.300 Kinderärzt*innen, 222 Diabetolog*innen und 58 Medizinprofessor*innen, die Bundesregierung in einem offenen Brief aufgefordert, endlich wirksame Gegenmaßnahmen umzusetzen.

Zucker versteckt sich auf Verpackungen hinter verschiedensten Namen, auch bei vermeintlich gesunden Produkten: Hinter allem, was mit „-ose“ oder „-sirup“ endet, verbirgt sich auf irgendeine Weise Zucker in verschiedenster Form. Er tarnt sich z. B. als Saccharose, Dextrose, Glukose oder Fruktosesirup. Doch kaum jemand prüft das Kleingedruckte. Die Menge an Zucker, die bei den Nährwertangaben genannt werden muss, sagt vielen Menschen nichts. Eine Forderung des Offenen Briefes lautet daher, eine Nährwertampel für verarbeitete Lebensmittel einzuführen, die durch ihre Farben eine gute Orientierung für Verbraucherinnen und Verbraucher bieten könnte. Diese Kennzeichnung soll gerade zum Schutze von Kindern und Jugendlichen vor Langzeitfolgen deutlich sichtbar machen, wie viel Zucker im Produkt versteckt ist. Verbindliche DGE-Standards für die Kita- und Schulverpflegung, wie sie in Bremen bereits etabliert sind, sowie Bildungsangebote für Eltern und Kinder sind ebenfalls Forderungen des Offenen Briefes der Ärzte.

Wir fragen den Senat:

1. Welche Erkenntnisse hat der Senat über die Entwicklung von Übergewicht, Adipositas und Diabetes bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen im Land Bremen?
2. Welche gesundheitlichen Folgen haben Übergewicht, Adipositas und Diabetes für die Betroffenen?
3. Welcher volkswirtschaftliche Schaden entsteht durch Übergewicht, Adipositas und Diabetes in Deutschland und im Land Bremen?
4. Welche Bedeutung hat eine unausgewogene Ernährung mit einem zu hohen Anteil von Zucker- und anderen Süßstoffen für die Entstehung von Übergewicht, Adipositas und Diabetes?
5. Welche Maßnahmen ergreift der Senat gegen zuckerlastige Fehlerernährung in der Bevölkerung, insbesondere auch im Rahmen des Präventionsgesetzes und im Kontext von Schulen und Kitas?
6. Wie bewertet der Senat den Einfluss von gezielt an Kindern gerichtete Werbung (mit bunten Bildern, Comicfiguren) auf Verpackungen oder im Fernsehen, die ganz offensichtlich das Ziel hat, diese zum erhöhten Konsum von übermäßig gesüßten Lebensmitteln zu verleiten?
7. Welche Maßnahmen plant der Senat gegen derartige Werbung zu ergreifen?
8. Wie bewertet der Senat die von mehr als zweitausend Ärzt*innen im Mai in einem Offenen Brief an die Bundesregierung adressierten Forderungen nach
 - a) einer verständlichen Lebensmittelkennzeichnung in Form einer Nährwert-Ampel,
 - b) Beschränkungen der an Kinder gerichteten Lebensmittelwerbung, insbesondere auch im Internet,
 - c) einer Sonderabgabe auf gesüßte Getränke?
9. Welche Erkenntnisse hat der Senat über die Auswirkungen der seit April in Großbritannien geltenden Zuckersteuer auf Softdrinks und wie bewertet er diese?
10. Welche Ergebnisse hat es in Bezug auf das Thema „Reduzierung von Zucker in Lebensmitteln und Getränken“ auf der Verbraucherschutzministerkonferenz im Juni 2018 gegeben und welche Position hat das Land Bremen dazu vertreten?
11. welche Erkenntnisse hat der Senat zu Übergewicht, Adipositas und Diabetes insbesondere bei jungen Menschen mit geistiger Beeinträchtigung und sind dem Senat Präventionsprojekte in diesem Zusammenhang bekannt?

Jan Saffe, Nima Pirooznia, Dr. Maike Schaefer
und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Stephanie Dehne, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD